

Die sich verändernde Politik der so genannten „grünen“ Energiewende

geschrieben von Chris Frey | 8. Februar 2022

[Francis Menton](#), [MANHATTAN CONTRARIAN](#)

Als ich 2012 mit diesem Blog begann, hatte ich mich bereits mit dem Thema „Klimawandel“ befasst. Und ich war bereits zu dem Schluss gekommen, dass nicht nur die Wissenschaft von der vom Menschen verursachten katastrophalen globalen Erwärmung Quatsch ist, sondern auch, dass die vorgeschlagene Lösung, Energie aus fossilen Brennstoffen durch Wind und Sonne zu ersetzen, niemals zu vernünftigen Kosten funktionieren kann. Mein erster [Beitrag](#) zu diesem Thema war am 4. Dezember 2012.

Aber damals gab es fast keine organisierte politische Opposition gegen das Programm zur „Rettung des Planeten“ durch die Umstellung auf „grüne“ Energie. Hier in den USA waren sich die Demokraten einig in ihren Plänen, fossile Brennstoffe zu ersetzen, und die Republikaner schlossen sich größtenteils an – einige mit Begeisterung, andere versuchten vielleicht, die Dinge ein wenig zu bremsen. Als ich mit dem Blog begann, hatte ich erst kürzlich an einer Benefizveranstaltung für den republikanischen Kandidaten Mitt Romney für die Präsidentschaftswahlen 2012 teilgenommen (ja, ich habe dem Mann Geld gegeben), bei der er in seiner Rede hauptsächlich darüber sprach, wie er die Umwelt durch die Förderung grüner Energie verbessern würde. Und drüben in Europa war es noch verrückter, da praktisch keine der großen politischen Parteien in irgendeinem Land eine Position gegen die erzwungene Abschaffung fossiler Brennstoffe einnahm. Die so genannte Energiewende* in Deutschland wurde 2010 eingeleitet, ohne dass es nennenswerten politischen Widerstand gab.

*[*Dieser Terminus steht so kursiv gesetzt und in Anführungszeichen im Original. A. d. Übers.]*

Ich bin schon lange der Meinung, dass sich die politische Situation ändern würde, vielleicht sogar schlagartig, wenn die Kosten und die Undurchführbarkeit der intermittierenden Energiequellen immer offensichtlicher werden. In der Zwischenzeit sind die Demokraten nur noch eifriger und extremer in ihren Plänen geworden (jetzt bekannt als „Green New Deal“), mit lautstarker Unterstützung durch die Megaphone in den Medien und der Akademaille.

Doch inzwischen, nach langem Warten, sprudeln die Kosten an die Oberfläche, und die Opposition wächst schnell und steuert auf eine kritische Masse zu. Heute: einige Entwicklungen im Vereinigten Königreich und in den USA.

UK

Die Schlagzeile der heutigen [Times of London](#) lautet: „Briten stehen vor größtem Rückgang des Lebensstandards“. Wir lesen:

In einer düsteren Einschätzung des vor uns liegenden Jahres warnte die Bank of England die Menschen davor, dass das Nettoeinkommen um das Fünffache des Betrages sinken wird, der während der Finanzkrise 2008 gezahlt wurde. Es wird der schlimmste Einbruch der Realeinkommen seit Beginn vergleichbarer Aufzeichnungen im Jahr 1990 sein.

Hier ist die Titelseite mit dem Bild des Finanzministers Rishi Sunak, der sehr besorgt aussieht:

Britons facing biggest drop in living standards

● Energy bills rising by £700 ● Bank increases interest rates ● Adjust to higher prices, says chancellor

Steven Swinford Political Editor
Emily Gosden Energy Editor

Households will experience the biggest fall in their living standards since records began as they face soaring inflation, tax increases and rising energy bills.

In a bleak assessment of the year ahead, the Bank of England warned people that take-home pay would fall by five times the amount it did during the financial crisis of 2008. It will be the worst hit to real incomes since comparable records began in 1990.

Ofgem, the energy regulator, announced yesterday that the price cap on energy bills for 22 million households would rise by £693 from April to £1,971 a year. A total of 4.5 million households with prepayment meters will see their bills rise by £708 to £2,017.

The chancellor responded with a £9 billion package of loans and council tax rebates to take the "sting" out of the price increase but admitted that bills would rise by £350 for most households this April. He said that Britain would have to get used to higher energy prices in the long term.

The Bank of England confirmed that interest rates would rise from 0.25 per cent to 0.5 per cent, which will lead to higher mortgage rates. Some on the monetary policy committee, the body that sets interest rates, pushed for an



wholesale gas prices, adding that to do so would be "dishonest". He instead announced plans intended to cushion most households from half of the rise in energy bills. Every household will receive a £200 rebate funded by £5.5 billion in government loans, which will be clawed back in the form of a £40 surcharge for each of the next five years.

He also announced a £150 council tax rebate for houses in bands A to D, funded by £3.5 billion worth of government grants to councils. He said that the two measures will benefit a combined total of 28 million households.

Sunak said that a further £150 million fund had been created for councils to use on a "discretionary" basis to help those on lower incomes who live in higher-value properties.

In other developments:

● The Resolution Foundation think tank said that even with state support the number of people living in fuel poverty would double to five million.

● The Bank of England governor urged workers not to ask for pay rises in an attempt to keep a lid on inflation, which is predicted to hit 7.25 per cent in April.

● Shell reported a quadrupling of annual profits to £14 billion as ministers ruled out Labour's plans for a windfall tax on the industry.

● Homeowners in London who have benefited most from rising house

Und was ist die Hauptursache für den Rückgang des Lebensstandards? Steigende Energiekosten. Die Regierung hatte versucht, die Kosten für die Verdrängung fossiler Brennstoffe zu verschleiern, indem sie Preisobergrenzen für die Energierechnungen der Haushalte vorschrieb, was jedoch nur dazu führte, dass Dutzende von lokalen Versorgern ihr Geschäft aufgeben mussten. Jetzt sind die Behörden nicht mehr in der Lage, die Preisobergrenzen einzuhalten:

Die Energie-Regulierungsbehörde Ofgem gab gestern bekannt, dass die

Preisobergrenze für Energierechnungen für 22 Millionen Haushalte ab April um 54 Prozent steigen wird. Für die meisten Haushalte wird die Erhöhung 693 Pfund auf 1.971 Pfund pro Jahr betragen, während die Kosten für 4,5 Millionen Haushalte mit Vorauszahlungszählern im Durchschnitt um 708 Pfund auf 2017 Pfund steigen werden.

Die konservativen Zeitungen, insbesondere der Daily Telegraph und die Daily Mail, haben begriffen, dass die steigenden Energiepreise eine selbstverschuldete Folge der gescheiterten Regierungspolitik zur Förderung fossiler Brennstoffe sind. Auszüge aus einem Leitartikel in der [Daily Mail](#) von heute:

Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen haben die Warnungen ignoriert, dass es unsinnig ist, keine langfristige Strategie zur Sicherung der Energieversorgung zu haben. Jetzt sind die Hühner nach Hause gekommen, um zu brüten. Wie unnötig das ist. Denn Großbritannien sitzt auf einer Energie-Goldmine. Wir haben riesige unerschlossene Öl-, Gas- und Schieferreserven. Und wir hatten die Chance, die Kernkraft auszubauen. Doch hypnotisiert von der apokalyptischen Panikmache der Ökoaktivisten haben unsere Politiker eine aggressive grüne Agenda verfolgt und diese reichhaltigen Energiequellen gemieden. Das bedeutet, dass wir auf unzuverlässige erneuerbare Energien angewiesen sind und teure Energie importieren müssen, damit das Licht nicht ausgeht.

Und aus dem [Daily Telegraph](#), ebenfalls von heute:

Die große politische Frage ist, ob das Land bereit ist, für Netto-Nullenergie zu zahlen, jetzt, da die Menschen die Auswirkungen einer Politik erkennen, die nichts zur Bekämpfung des globalen Klimawandels beitragen wird, solange die größten CO₂-Produzenten der Welt sich weigern, ihre eigenen Verhaltensweisen zu ändern.

Natürlich wird die irrsinnige Energiepolitik, zumindest im Moment, den Menschen von der Konservativen Partei unter der Führung von Premierminister Boris Johnson aufgezwungen. Aber inzwischen haben viele der Tory-Abgeordneten auf den Hinterbänken das begriffen, und die Forderungen, den Wahnsinn zu stoppen, sind sogar schon bis auf die Kabinettssebene durchgesickert. Aus einem anderen Artikel in der heutigen Ausgabe des [Daily Telegraph](#):

Eine Reihe von Ministern hat sich besorgt darüber geäußert, dass die geplante Umstellung auf erneuerbare Energien zu schnell erfolgt und die Kosten für die Verbraucher in die Höhe treibt. Sie sind der Meinung, dass Großbritannien kurzfristig mehr eigenes Gas verwenden sollte. . . . Die Kabinettsminister sind zunehmend beunruhigt darüber, dass Downing Street sich auf das Netto-Null-Ziel konzentriert, und haben davor gewarnt, dass der Krise der Lebenshaltungskosten in den kommenden Jahren mehr Priorität eingeräumt werden sollte.

OK, ich habe ein paar Neuigkeiten für diese Kabinettsminister: Die so genannte „grüne“ Energie wird nicht billiger, erschwinglicher oder

nützlicher, wenn man den Übergang nur verlangsamt. Die Probleme der Unterbrechungen und der Notwendigkeit einer vollständigen Absicherung und/oder Speicherung sind unlösbar und werden nicht verschwinden. Aber zumindest die Bemühungen um eine Verlangsamung der Entwicklung sind ein Anfang. Der nächste Schritt ist die Ablösung von Johnson. Da alle anderen großen britischen Parteien auf „grüne“ Energie setzen, besteht der einzige Weg zur Rettung des Landes in einer Tory-Partei, die von jemand anderem als Johnson geführt wird und dem „grünen“ Energiewahn ein Ende setzt.

USA

In einem [Beitrag](#) von letzter Woche habe ich darüber berichtet, wie der irrsinnige Drang nach „grüner“ Energie sogar die großen Vermögensverwalter in den USA befallen hat, angeführt von Larry Fink von Black Rock, die ihr Stimmrecht nutzen, um zu versuchen, große börsennotierte Unternehmen zu zwingen, „Netto-Null“-Versprechen abzugeben. Jahrelang ging dieser Trend ohne nennenswerte Gegenwehr vonstatten. Doch heute berichtet ein [Beitrag](#) von Andy Puzder und Stephen Soukup bei RealClearPolitics, dass „Larry Fink’s Crusade Runs Into Resistance“ [etwa: Larry Finks Kreuzzug stößt auf Widerstand]. (Sie erinnern sich vielleicht an Puzder als Trumps ersten Kandidaten für das Amt des Arbeitsministers, der vom Senat nicht bestätigt wurde). Auszug:

Bis zum Jahresende hatte der Widerstand gegen ESG und „woke capital“ an Umfang und Vielfalt zugenommen. Von [Aktionärsaktivisten](#) bis hin zu [US-Senatoren](#), [Finanzministern](#), [Gesetzgebern](#) und [Gouverneuren](#) sowie dem ehemaligen [Direktor](#) für „nachhaltiges Investieren“ bei BlackRock selbst – sie alle haben verschiedene Formen des Widerstands gegen die neu erwachten Herren des Finanzuniversums entworfen.

An der Spitze stehen gewählte Beamte in republikanisch geführten Bundesstaaten, allen voran Texas, West Virginia und Florida:

Vor allem die staatlichen Behörden haben begonnen, sich zu wehren. ... Texas hat ein [Gesetz](#) erlassen, das es Unternehmen, die sich an politischen Ränkespielen gegen Öl-, Gas- oder Waffenunternehmen beteiligen verbietet, Geschäfte mit dem Staat zu machen. Der stellvertretende Gouverneur Dan Patrick hat den Rechnungsprüfer des Staates [aufgefordert](#), BlackRock auf diese Liste der verbotenen Unternehmen zu setzen. Der Schatzmeister von West Virginia Riley Moore [kündigte](#) an, dass das Board of Treasury Investments, das die Betriebsmittel des Staates in Höhe von rund 8 Milliarden Dollar verwaltet, keine Geschäfte mehr mit BlackRock machen wird, weil das Unternehmen „Netto-Null-Investitionsstrategien“ verfolgt, die dem Energiesektor schaden, „während es gleichzeitig die Investitionen in chinesische Unternehmen erhöht.“ Im Kampf gegen die Ideologie wacher Unternehmen [stimmten](#) Floridas Gouverneur Ron DeSantis und die Treuhänder des State Board of Administration dafür, „die Erwartung des Staates klarzustellen, dass alle Fondsmanager ausschließlich im finanziellen

Interesse der Fonds des Staates handeln sollten“ und widerriefen „alle Stimmrechtsvollmachten externer Fondsmanager“, einschließlich BlackRock.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass inzwischen fast die gesamte republikanische Partei im Kongress und in den Landesregierungen dem Betrug mit der „grünen“ Energie auf die Schliche gekommen ist. Ich sage „fast“, weil ich sicher bin, dass es einige wenige gibt – wie Romney – die das nicht getan haben. Aber anders als vor zehn Jahren ist es für die Linke nicht mehr so einfach, potenzielle Gegner mit dem Vorwurf zum Schweigen zu bringen, dass fossile Brennstoffe „schmutzig“ sind oder dass jeder, der das gängige Klimadogma in Frage stellt, ein „Leugner“ ist.

Der ganze Beitrag steht [hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/02/05/the-shifting-politics-of-the-so-called-green-energy-transition/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE